

Syrien: Minderheiten in Angst



Impressum

Für Menschenrechte. Weltweit.

Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)
Postfach 2024, D-37010 Göttingen
Tel.: +49 551 49906-0
Fax: +49 551 58028
E-Mail: info@gfbv.de
Internet: www.gfbv.de



SPENDENKONTO:

Kontoinhaber: Gesellschaft für bedrohte Völker
Kontonummer: 70 80 90
BLZ: 25120510; Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE68 2512 0510 0000 7080 90
BIC: BFS WDE 33HAN

Die GfbV ist eine Menschenrechtorganisation für verfolgte ethnische und religiöse Minderheiten; NGO mit beratendem Status bei den Vereinten Nationen und mit mitwirkendem Status beim Europarat. Sektionen Büros in Arbil, Bern, Bozen, Göttingen/Berlin, London, Luxemburg, New York, Pristina, Sarajevo/Srebrenica, Wien.

Text:

Die in der Zeitschrift der Gesellschaft für bedrohte Völker „bedrohte Völker - pogrom“, Nr. 272, 2012 von den Autoren Ferhad Ibrahim, Max Schmidt, Kamal Sido, Thomas Schmidinger, Paula Zippner, Martin Tamcke, Raif Toma, Werner Arnold, Lennard Schlöffel, Mesgin Josef und Hanya Riedel veröffentlichten Beiträge liegen diesem Memorandum zugrunde; Niklas Freund

Titelfoto: Rupert Neudeck; Syrisch-türkischer Grenzübergang Kilis/Azaz

Redaktion: Kamal Sido, Niklas Freund

Layout: Tanja Wieczorek

Herausgegeben von der Gesellschaft für bedrohte Völker im September 2013

Inhaltsverzeichnis:

Syrien: Minderheiten in Angst

1. Einleitung	5
2. Radikalisierung der syrischen Opposition.....	8
3. Religiöse Minderheiten	12
3.1 Alawiten und Ismailiten.....	12
3.2 Christen.....	14
3.3 Yeziden.....	18
3.4 Drusen.....	19
4. Ethnische Minderheiten.....	20
4.1 Kurden	20
4.2 Armenier	25
4.3 Tscherkessen	26
4.4 Turkmenen.....	26
5. Fazit und Forderungen	27

1. Einleitung

Laut Schätzungen der Vereinten Nationen sind in der Arabischen Republik Syrien bei den seit mehr als zwei Jahren andauernden Auseinandersetzungen zwischen Regimegegnern und den syrischen Sicherheitskräften mindestens 100.000 Menschen ums Leben gekommen. Dies gab UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon am 25. Juli 2013 bekannt.

Im März 2011 begannen die Proteste gegen die Unrechtsherrschaft der Baath-Partei und des Assad-Clans mit friedlichen Demonstrationen, die vom Regime jedoch blutig niedergeschlagen wurden. In den vergangenen zwei Jahren ist aus dem Volksaufstand und dem Streben nach Freiheit ein blutiger Bürgerkrieg geworden, der immer mehr Menschen bedroht und sich langsam auf die gesamte Region auswirkt. Aus dem „arabischen Frühling“ ist in Syrien ein „Winter“ geworden, der noch lange anzuhalten droht.

Unterstützung erhalten die jeweiligen Konfliktparteien dabei aus dem Ausland.

Der syrische Präsident Bashar al-Assad erhält Beistand von den Nachbarstaaten Iran, Irak, die beide mehrheitlich schiitisch sind, sowie von der Hisbollah-Miliz im Libanon, die dem Iran nahesteht. Diplomatische Rückendeckung vor allem im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen erhält Assad zudem durch Russland und China. Russland liefert dem syrischen Regime darüber hinaus auch Waffen.

Die Unterstützer der syrischen Opposition, die vor allem aus der sunnitischen Mehrheit der Bevölkerung besteht und von den islamistischen Muslimbrüdern dominiert wird, sind demgegenüber die Türkei sowie die arabischen Golfstaaten Saudi Arabien und Katar. Wichtige mediale Unterstützung kommt vom arabischen Fernsehsender Al-Jazeera, ideologischen Beistand leistet die International Union of Muslim Scholars (IUMS), die von Yousef Al-Qaradawi geleitet wird. Al-Qaradawi selbst gilt als inoffizieller Chefideologe der weltweiten Bewegung der Muslimbruderschaft. Außerdem kämpfen auf Seiten der Freien syrischen Armee, dem militärischen Arm der syrischen Opposition, ausländische Al-Kaida-Kämpfer und andere islamistische Gruppen.

Doch auch einige Regierungen im Westen gelten als Unterstützer der Regimegegner. Wo Russland das Regime Assads vor der Weltöffentlichkeit vertritt, erhält die Opposition die Rückendeckung westlicher Regierungen. Zu nennen sind dabei vor allem die USA, Frankreich, Großbritannien und auch Deutschland. Seitdem zum Beispiel das Waffenembargo der Europäischen Union Ende Mai ausgelaufen ist, werden Waffenlieferungen für die Opposition diskutiert. Vor allem Frankreich und Großbritannien unterstützen dahingehende Pläne. Auch nach dem Einsatz von Chemiewaffen nahe Damaskus im August 2013 waren sich viele westliche Regierungen schnell einig, dass das Assad-Regime dafür verantwortlich ist

Die GfbV als eine Menschenrechtsorganisation, die für die Rechte verfolgter oder bedrohter ethnischer, sprachlicher und religiöser Minderheiten eintritt, ist in großer Sorge vor allem über das Schicksal der nicht-arabischen und nicht-sunnitisch-muslimischen Bevölkerung Syriens. Mindestens 45 Prozent der syrischen Bevölkerung besteht aus Angehörigen der ethnischen und religiösen Minderheiten. Schon unter den Assads, die eine harte Arabisierungspolitik verfolgten, waren Minderheiten in Syrien Unterdrückung, Angriffen und Vertreibungen ausgesetzt. Daher waren die Anfänge der Proteste für die Minderheiten auch mit Hoffnungen verbunden. Nun haben die ethnischen und religiösen Minderheiten Syriens jedoch Anlass zu befürchten, dass es ihnen in einem neuen Syrien kaum besser ergehen wird. Denn heute sind die syrischen Minderheiten mit einer neuen Bedrohung konfrontiert, nämlich der totalitären islamistischen Ideologie, die Dschihadisten aus der ganzen Welt mit Gewalt durchsetzen wollen und die innerhalb der syrischen Opposition teilweise auf fruchtbaren Boden fällt.

Die Mehrheit der etwa 20 Millionen Syrer ist arabisch und bekennt sich zum Islam. Dabei ist die Bevölkerung zumeist der sunnitischen Glaubensrichtung des Islam zuzurechnen.

Zur schiitischen Minderheit zählen die Drusen, die Ismailiten sowie die Alawiten, zu denen auch Präsident Bashar al-Assad gehört. Die nicht-muslimische Bevölkerung besteht vor allem aus Christen, die kleinste religiöse Minderheit in Syrien bilden die Yeziden mit nur einigen tausend Angehörigen. Diese religiösen Minderheiten leben nun, zwei Jahre nach Beginn des Aufstandes, der zunächst auch mit vielen Hoffnungen auf

Verbesserung ihrer Lebenssituationen verbunden war, in Angst und Ungewissheit. Nicht zuletzt die schleichende Radikalisierung der Opposition ist eine große Gefahr für religiöse Minderheiten, da die radikalen Islamisten Angehörige solcher Bevölkerungsgruppen meistens als „Ungläubige“ ansehen. Es wurde bereits von Massakern der Islamisten berichtet, bei denen die Opfer nicht zuletzt Andersgläubige sind. Christen fliehen bereits zu zehntausenden vor dem Bürgerkrieg aus Angst, weiter zwischen die Fronten zu geraten. Aber auch die muslimischen Alawiten müssen um ihr Leben fürchten, gerade weil sie der gleichen Konfession angehören wie der von Sunniten verhasste syrische Präsident.

Syrien ist aber auch ein multiethnisches Land, obwohl die große Mehrheit arabisch ist. Die größte ethnische Minderheit stellen die Kurden dar. Die syrischen Kurden sind nun auch zu einer eigenständigen Konfliktpartei geworden, auch weil viele von ihnen allein kurdische Interessen im Blick haben und eine autonome Selbstverwaltung ihrer Siedlungsgebiete nach Vorbild der autonomen Region Kurdistan im Irak anstreben. Die syrischen Kurden sind in weiten Teilen militärisch organisiert, kämpfen aber im Bürgerkrieg mehrheitlich auf keiner Seite. Sie wurden in den vergangenen Jahrzehnten vom Regime unterdrückt und sind daher keine Verbündeten von Präsident Assad. Allerdings kommt es auch nicht zu einer Allianz mit der restlichen syrischen Opposition, auch weil diese von der Türkei unterstützt wird und das Verhältnis zwischen Kurden und der Türkei vorbelastet ist durch den Kampf zwischen der türkischen Regierung und der türkischen radikalen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK).

Auch die restlichen ethnischen Minderheiten blicken ungewiss in die Zukunft. So sind viele Armenier und Assyro-Aramäer als Christen von Flucht oder Vertreibung bedroht, obwohl beide Ethnien auf eine lange Geschichte in Syrien zurückblicken. Die Assyro-Aramäer gelten vielen sogar als Ur-Bevölkerung. Auch fliehen viele Tscherkessen vor dem Bürgerkrieg und seinen Folgen. Die Turkmenen, von denen viele in den Kriegsgebieten im Nordwesten des Landes leben, erleben Kampfhandlungen ebenfalls tagtäglich. So sind alle Minderheiten des Landes schon jetzt direkt vom Krieg betroffen oder zumindest von möglichen Folgen bedroht. Nach einem Ende des Bürgerkrieges, das

immer weiter in die Ferne rückt je länger der Konflikt anhält, müssen allen Minderheiten die gleichen Rechte garantiert werden, damit das Land zur Ruhe kommen kann.

2. Radikalisierung der syrischen Opposition

Vor Ausbruch des Aufstandes gab es keine legal organisierte Opposition in Syrien, da das Regime eine solche nicht erlaubte und unterdrückte. Nachdem die ersten friedlichen Proteste blutig niedergeschlagen worden waren, formierte sich aber eine Opposition, die vor allem durch den Willen geeint ist, Präsident Baschar al-Assad und sein Regime zu stürzen.

Je länger der Konflikt jedoch dauert, desto mehr Brüche werden innerhalb der Rebellion sichtbar. So sind seit März 2011 drei große politisch-oppositionelle Bündnisse entstanden, die sich aber selten einigen können. Die größte Gruppe ist dabei der Syrische Nationalrat (SNC), der von vielen Staaten auf der Welt auch als wichtigste Vertretung des syrischen Volkes angesehen wird. Der SNC wurde Anfang Oktober 2011 in Istanbul als Exilopposition gegründet. Um demokratische Strukturen zu gewährleisten, wird der Präsident des Rates alle drei Monate neu gewählt.

Auch wenn einige Angehörige der Minderheiten wie Christen, Kurden, Assyro-Aramäer, Alawiten und Drusen im SNC vertreten sind, spielt die syrische Muslimbruderschaft dort die dominanteste Rolle. Es kann de facto ohne Zustimmung der Vertreter der Muslimbrüder kaum eine wichtige Entscheidung getroffen werden. Diese koordinieren ihre Entscheidungen mit der türkischen Regierung sowie mit den Ländern Katar und Saudi-Arabien. Auch wenn es immer wieder dementiert wird, ist der SNC sowohl finanziell als auch logistisch weitgehend vom Gastland Türkei abhängig. Unterstützung erhält der SNC zusätzlich von Ländern wie den USA, Frankreich und Deutschland.

Die Ziele der Muslimbruderschaft bleiben dabei im Dunkeln. Wird sie im Falle eines Erfolges gegen das Regime die Einführung der Scharia fordern oder kann sie sich mit demokratischen Reformen und der Vorstellung eines laizistischen Syriens anfreunden.

Die Mitglieder des Syrischen Nationalrates sind ausnahmslos im Exil und befürchten, verhaftet zu werden, sobald sie einen Fuß auf syrischen Boden setzen. Das Ziel des SNC ist, das syrische Regime aus eigener Kraft zu stürzen. Angesichts der wachsenden Brutalität des Assad-Regimes äußerte er aber auch schon die Bitte um eine internationale Militärintervention.

Außerdem richtete der SNC Aufrufe an die zwei Veto-Staaten des UN-Sicherheitsrates: Er wünsche sich Unterstützung Russlands und Chinas gegen die "Killing Machine" des Regimes, um Zivilisten zu schützen und eine Eskalation wie in Libyen zu vermeiden. Der SNC fordert außerdem, dass eine Flugverbotszone über Syrien verhängt wird. Hinsichtlich einer internationalen Intervention ist der Syrische Nationalrat allerdings gespalten: Einige wollen nur materielle und finanzielle ausländische Unterstützung, andere fordern ein militärisches Eingreifen der internationalen Gemeinschaft.

Der SNC betont immer wieder, dass das „neue“ Syrien demokratisch und pluralistisch sein wird. Religiöse und ethnische Minderheiten sollen demnach die gleichen Rechte erhalten wie alle anderen. Die Angst vor Verfolgung sei deswegen unbegründet. Auch Übergriffe auf Alawiten werde es nicht geben, da Syrien nach dem Regimewechsel kein "Syrien der Rache" sein werde.

Die Realität sieht jedoch seit einiger Zeit anders aus. In Reihen der Freien Syrischen Armee (FSA), die zumindest sporadisch mit dem SNC zusammenarbeitet, kämpfen nämlich immer mehr Dschihadisten aus verschiedenen Ländern. Doch auch bevor dieser Trend einsetzte, wurden der FSA schon schwere Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen. Nun, da neben der FSA auch die islamistische Al-Nusra-Front als syrischer Ableger der Al-Kaida und andere islamistische Gruppierungen den bewaffneten Kampf unterstützen, ist die Gefahr für die syrischen Minderheiten sehr real geworden. Vor allem für Christen und Alawiten wird die Lage immer brenzlicher, da für viele Islamisten Gewalt gegen Andersgläubige legitim ist. Offiziell lehnen sowohl der SNC als auch die FSA eine Zusammenarbeit mit islamistischen Terrorgruppen zwar ab. Doch vielerorts kämpfen Dschihadisten und FSA Seite an Seite und der von der Muslimbruderschaft dominierte SNC pflegt beste Kontakte zu den Islamisten.

Auf der anderen Seite kommt es aber auch immer wieder zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen FSA-Einheiten und den Islamisten. Hier wird die innere Spaltung der Opposition sehr deutlich. Zusätzlich gibt es auch in der Bevölkerung viele, die zwar den SNC unterstützen, sich aber klar gegen den islamistischen Einfluss auf die Opposition aussprechen. Sie weisen darauf hin, dass der Protest gegen das Regime ursprünglich mit der Forderung nach Freiheit und Mitbestimmung verbunden war. Das Ziel der Islamisten, aus Syrien einen Gottesstaat zu machen, würde somit den Erfolg der Revolution gefährden.

Die zweitgrößte syrische Oppositionsgruppe ist das Nationale Koordinationskomitee für Demokratischen Wandel (NCC), eine der säkularen Oppositionsgruppierungen innerhalb Syriens.

Das am 17. September 2011 gegründete NCC besteht aus 13 verschiedenen linkspolitischen Parteien und einigen kurdischen Parteien, darunter die mit der kurdischen PKK eng verbundene Partei der Demokratischen Union (PYD). Im NCC sind auch viele Marxisten alawitischer Herkunft und arabische Linksnationalisten vertreten. Viele Mitglieder sind ehemalige politische Gefangene, die unter den Strukturen des Staates gelitten haben und von der Regierung festgenommen und gedemütigt wurden.

Seit Beginn der Proteste sind die Mitglieder des NCC zum größten Teil im Land geblieben, was sie von der Exilopposition des SNC unterscheidet. Das NCC tritt ausschließlich für einen friedlichen Machtwechsel zur Demokratie innerhalb des Landes ein. Deshalb kommt es zwischen den Oppositionsgruppen NCC und SNC immer wieder zu Spannungen. Das NCC verlangt schärfere wirtschaftliche und politische Sanktionen anstatt militärischer. Im Gegensatz zum SNC sucht das NCC weiterhin nach einer Möglichkeit, mit der Regierung in einen Dialog zu treten. Das kann jedoch nur unter folgenden Bedingungen passieren: Das Militär muss sich zurückziehen und die gewaltsamen Übergriffe auf die Bevölkerung einstellen. Zudem müssen alle politischen Gefangenen freigelassen werden.

Die Mitglieder des Komitees lehnen eine ausländische Militärintervention strikt ab. Sie befürchten, dass eine Intervention letztlich zu ähnlichen Verhältnissen wie in Libyen oder

im Irak führen könnte und den Bürgerkrieg noch verschärfen würde. Diese Haltung des NCC hat in Syrien bereits zu Verschwörungstheorien geführt: Das Komitee sei eine vom Regime geschaffene und finanzierte Institution oder es werde von dessen Geheimdiensten gelenkt. Weitere Indizien für diese Theorie sehen Kritiker in dem Sachverhalt, dass Vertreter des NCC im Gegensatz zu Mitgliedern des SNC oft ein- und ausreisen können, ohne sofort verhaftet zu werden. Außerdem sei der NCC zu nachsichtig mit dem Regime.

Als dritte wichtige Gruppe ist die Kurdische Opposition zu nennen. Obwohl der SNC im Sommer 2012 versuchte, die Kurden für sich zu gewinnen, indem sie den Kurden Abdel Baset Seida zu ihrem Chef wählte, kam eine Zusammenarbeit beider Lager nicht zu Stande. Aufgrund der Dominanz der Muslimbrüder im SNC kann auch vermutet werden, dass Seida als Marionette erhalten sollte.

So will die wichtigste Organisation der Kurden, der Kurdische Nationalrat (KNCS), dem SNC nicht beitreten und auch die nicht weniger einflussreiche kurdische Vereinigung, der Volksrat von Westkurdistan (VWK), lehnt aufgrund der engen Vernetzung zwischen der Türkei und dem SNC jegliche Zusammenarbeit mit dem Nationalrat ab. Der SNC wirft dem VWK indes vor, mit dem Regime in Damaskus zu kooperieren. Der VWK arbeitet eng mit der syrisch-kurdischen Partei PYD, die für die Türkei jedoch als ein syrischer Ableger der Arbeiterpartei Kurdistans PKK gilt. Mitte Juli 2012 bildete der VWK mit dem KNCS den so genannten Kurdischen Hohen Rat (KHR). Dieser kontrolliert bereits einige Regionen des Kurdengebietes in Syrien. Die Bildung des KHR kam unter Vermittlung des irakisch-kurdischen Präsidenten Masud Barzani zustande. Nun versucht der KHR kurdische Interessen gegenüber der arabischen Opposition besser durchzusetzen. Als Reaktion auf die Bildung des KHR verlegte die Türkei hunderte Panzer, Raketen und schwere Artillerie an die syrische Grenze. Die türkische Regierung erklärte, dass sie die Schaffung einer kurdischen Autonomie im Norden Syriens notfalls mit militärischer Gewalt bekämpfen würde. Ein Schreckgespenst, das die ohnehin unsichere Lage noch brisanter werden lässt.

Am 11. November 2012 wurde in Katar ein neues oppositionelles Bündnis, die Nationale Koalition der syrischen Revolutions- und Oppositionskräfte, gegründet. Der SNC ist ein Teil dieser Vereinigung. Die Gründung der SNC (mit dem alten SNC nicht zu verwechseln) war ein neuer Versuch von den so genannten Freunden des syrischen Volkes, Gegner des Regimes, die zerstrittene Opposition zu einen. Auch dieser Versuch ist weitgehend gescheitert. Die zweitgrößte syrische Oppositionsgruppe das Nationale Koordinationskomitee für Demokratischen Wandel (NCC), und die Kurden sind dieser Allianz nicht beigetreten.

Die KNCS und VWK bzw. der KHR würden dem neuen syrischen Bündnis SNC beitreten. Sie fordern jedoch, dass die syrische Opposition sich bereits jetzt zu einem demokratischen, ethnisch und religiös pluralistischen, politisch dezentralen Syrien bekennt. Der SNC lehnt dies jedoch ab. Die Türkei versucht mit allen Mitteln zu verhindern, dass Kurden schon jetzt eine Selbstverwaltung aufbauen und somit Fakten schaffen.

3. Religiöse Minderheiten

3.1 Alawiten und Ismailiten

Die Alawiten werden den vielen schiitischen Glaubensrichtungen des Nahen Ostens zugerechnet. In Syrien leben heute etwa drei Millionen Angehörige dieser Glaubensgemeinschaft, die sowohl die militärische als auch die politische Elite des Landes bilden, obwohl sie eine religiöse Minderheit darstellen. Hauptgrund dafür ist die nunmehr über 40 Jahre andauernde Herrschaft des alawitischen Assad-Clans, die am 16. November 1970 durch einen Putsch Hafiz' al Assads begann und während der die wichtigsten Positionen in Gesellschaft und Staat mit Alawiten besetzt wurden. Solche Privilegien galten aber nicht immer. Zuvor wurden die Alawiten über Jahrhunderte hinweg, zuletzt während der osmanischen Herrschaft, als Häretiker verfolgt. Häufig gaben sie sich deswegen als Christen aus, da diese nach Vorschrift der Scharia im Vergleich zu ihnen selbst besser gestellt waren.

Die ersten Opfer des Regimes waren jedoch ebenfalls Alawiten. Gleich zu Beginn seiner Herrschaft ließ Hafiz al-Assad den alawitischen General Salah Dschadid verhaften, da er befürchtete, dass dieser ihn aufgrund von Versäumnissen während seiner Zeit als Verteidigungsminister 1966 bis 1970 vor ein Disziplinargremium der regierenden Baath-Partei stellen würde. Auch alawitische Offiziere, die Dschadid die Treue hielten, kamen ins Gefängnis. Dschadid selbst starb 23 Jahre später alt und krank in Haft. Einige alawitische Intellektuelle erinnerten am 20. Januar 2012 an diese „in Vergessenheit geratene“ Geschichte. In einer öffentlichen Erklärung bekräftigten sie, dass Baschar al-Assad niemals alle Alawiten vertreten kann.

Zwar hat sich die Situation der alawitischen Muslime in Syrien unter der 40-jährigen Herrschaft der Assads mehr als verbessert, aber nicht alle Alawiten profitierten davon. Familiäre Bindungen waren den Assads meist wichtiger als konfessionelle Zugehörigkeit. Die Assads benachteiligten zudem auch immer wieder ihre eigene Religionsgemeinschaft, vermutlich um die große sunnitische Mehrheit zu besänftigen.

Angehörige anderer Bevölkerungsgruppen, welche sowohl unter Hafiz al-Assad als auch unter seinem Sohn und Nachfolger Baschar al-Assad verfolgt und diskriminiert wurden, sehen die Unterschiede zwischen der religiösen Minderheit der Alawiten und dem Regime Assad nicht. So werden Alawiten seit Ausbruch der Proteste im März 2011 Opfer von Vergeltungsangriffen der sunnitischen Mehrheit, die den aufgestauten Hass gegen das Regime undifferenziert an ihnen auslassen.

Nicht-alawitische Syrer sehen diese generell als Nutznießer des Systems und der Politik Assads und so müssen Alawiten nach über vier Jahrzehnten an der Macht wieder um ihr Leben fürchten und ihren Glauben verstecken.

Verstärkt wird die Sorge um die alawitische Minderheit durch die Entwicklungen innerhalb der syrischen Opposition. Immer häufiger sind dort nämlich fundamentalistische Töne zu vernehmen. Auch die Freie Syrische Armee ist mittlerweile durchsetzt von islamistischen Kräften und kämpft nunmehr an der Seite der Al-Nusra-Front und anderen islamistischen Terrorgruppen gegen das Regime. Solche Dschihadisten sehen Gewalt gegen Andersgläubige häufig als legitim an. So ist zu

befürchten, dass im Falle eines Sieges der Aufständischen die Alawiten als Glaubensbrüder des verhassten Präsidenten mit Vertreibungen und Schlimmerem rechnen müssen, da sie für die radikalen Islamisten zusätzlich als Abtrünnige vom Islam gelten.

Eng verbunden mit dem Schicksal der Alawiten ist das der Ismailiten, einer weiteren schiitischen Glaubensgemeinschaft. Die Ismailiten treiben sehr ähnliche Ängste um wie die Alawiten, da sie bei großen Teilen der sunnitischen Mehrheit und vor allem den islamistischen Kräften auf Seiten der Aufständischen ebenfalls als abtrünnig vom Islam gelten. Die Ismailiten verstehen sich selbst als tolerante und offene Muslime. So ließen die Proteste gegen das Regime Assad in Salamiyya, dem Zentrum der Ismailiten in Syrien, nach kurzer Zeit nach, da die Ismailiten der Sunnitisierung und Radikalisierung der syrischen Opposition skeptisch gegenüber stehen. Salamiyya selbst ist eine Stadt, in der Toleranz und Offenheit gelebt werden und die Ismailiten ihrem Glauben ungestört nachgehen können, nachdem sie viele Jahrhunderte Verfolgung und Bedrohung ausgesetzt waren. Diese Situation ist durch die Kämpfe zwischen den Sicherheitskräften Assads und den Regimegegnern jedoch schon jetzt Vergangenheit.

3.2 Christen

Mit zwei bis drei Millionen Gläubigen ist Syrien nach Ägypten das Land mit der größten christlichen Minderheit im Nahen Osten. Diese Christen sind aber hinsichtlich ihrer Konfessionen sehr unterschiedlich, da es eine Vielfalt von christlichen Kirchen in Syrien gibt.

Mit etwa einer Million Gläubigen machen die Rum-Orthodoxen den größten Anteil der Christen in Syrien aus. Sie sehen sich allgemein gesagt als Repräsentanten eines arabischen Christentums, das die islamische Kultur als konstitutiven Rahmen akzeptiert. Zum Ausdruck kommt dieses Selbstverständnis in der Liturgie der Rum-Orthodoxen, die ausschließlich auf Arabisch gehalten wird.

Die Syrisch-Orthodoxen dagegen legen im Vergleich zu den Rum-Orthodoxen sehr großen Wert auf die Selbständigkeit ihrer Kirche, was in ihrer Liturgie sichtbar wird, die

auf Syrisch gefeiert wird. Dafür wurden sie einst von den Rum-Orthodoxen verfolgt. Viele Syrisch-Orthodoxe, besonders im Norden von Syrien, sind Nachfahren von Flüchtlingen. Nach der Verfolgung und dem Genozid an bis zu 500.000 Christen aller Konfessionen auf dem Gebiet der heutigen Südosttürkei im Ersten Weltkrieg hatten viele Überlebende in Syrien Schutz gesucht.

Eine Abspaltung von der syrisch-orthodoxen Kirche stellen die 62.000 Syriener (syrisch-katholisch) dar, deren Kirche uniert ist mit der römisch-katholischen Kirche.

Auch die Armenier sind in großer Mehrheit Christen und ebenfalls Nachfahren von Flüchtlingen, nämlich der Überlebenden des Völkermords von 1915 bis 1917, bei dem Hunderttausende, nach armenischen Angaben sogar zwischen 1,5 und zwei Millionen Menschen, im Osmanischen Reich ermordet wurden. Sie sprechen ihre armenische Sprache, in der sie auch ihre Liturgie feiern. Zu der mit Rom unierten armenisch-katholischen Kirche in Syrien, deren Patriarch im Libanon residiert, gehören ca. 21.500 und zu der armenisch-apostolischen Kirche etwa 200.000 Gläubige.

Weitere Konfessionen, deren Angehörige von Flüchtlingen abstammen und nun auf syrischem Staatsgebiet leben, sind die etwa 15.000 Mitglieder der assyrisch-apostolischen Kirche des Ostens sowie die 15.000 Chaldäer, eine Abspaltung von der apostolischen Kirche des Ostens. Die Chaldäer fühlen sich der römisch-katholischen Kirche zugehörig.

Zudem gibt es noch die Maroniten, deren Zahl mit 49.000 Anhängern heute weit geringer ist, als sie es noch vor Mitte des 19. Jahrhunderts in Syrien gewesen ist. Aufgrund von Spannungen zwischen Drusen und Maroniten sowie Massakern 1866 im Raum Damaskus flohen viele Maroniten in den Libanon. In Syrien steht die maronitische Glaubensgemeinschaft heute im Schatten ihrer großen Geschichte von einst. Die Maroniten wie auch die Chaldäer erkennen den römisch-katholischen Papst als ihr Oberhaupt an. Ursprünglich war ihre Liturgie syrischsprachig, aber das Arabische hat die syrische Sprache bis auf wenige Ausnahmen in religiösen Zeremonien und Riten weithin verdrängt.

Hinzu kommen noch rund 25.000 Protestanten, deren Kirchen aus europäischen Missionsbemühungen entstanden, sowie 15.000 Angehörige der römisch-katholischen Kirche.

Eine Art Sonderfall stellen die Assyro-Aramäer dar. Diese haben ihre Sprache Aramäisch (Altsyrisch) bewahrt und sehen sich selbst als Urbevölkerung Syriens und somit als ethnische Minderheit an. Auch sie werden als Christen vom Regime toleriert, sind aber durch die Zwangsarabisierung ihrer historischen altsyrischen bzw. assyrischen Identität, die sprachlich und kulturell definiert ist, beraubt worden.

Als Monotheisten sind Christen in Syrien „Schutzbefohlene“. Ihre Rechte sind aber auch erheblich eingeschränkt. Laut Verfassung kann kein Christ Präsident werden. Und es gibt viele Gesetze, die Christen benachteiligen, insbesondere in den Bereichen Kultur und Schulwesen. Diese Gesetze schränken die freie Entfaltung der kulturellen Eigenständigkeit und Identität der Christen ein bzw. machen sie nahezu unmöglich. Die Christen konnten ihre Religion bisher dennoch relativ frei ausüben und durch den säkularen Charakter der Arabischen Republik Syrien war ein Leben in Frieden weitgehend möglich. Das Assad-Regime gewährt Christen zumindest das Recht auf freie Religionsausübung und toleriert das Christentum als Glaubensgemeinschaft, auch wenn zu einer weitreichenden Religionsfreiheit mehr gehört.

Der beschriebenen Situation der syrischen Christen drohen seit Beginn des Aufstandes gegen das syrische Regime schwerwiegende negative Veränderungen. In den vergangenen Jahren sind Christen im gesamten Nahen Osten immer wieder Opfer exzessiver Gewalt geworden. Brennpunkte waren dabei zunächst Ägypten und Irak, aber auch in Syrien kommt es seit Beginn des Aufstandes gegen Präsident Assad zu gewaltsamen Übergriffen auf Christen.

Ein Vorfall zeigt die Gefahr, die Christen und anderen religiösen Minderheiten droht, exemplarisch. Von den beiden christlichen Bischöfen, die am 22. April 2013 von einer bewaffneten islamistischen Gruppe entführt wurden, fehlt bis heute jede Spur. Ibrahim Hanna, Bischof der syrisch-orthodoxen Kirche von Aleppo, und Bischof Boulos Yazigi von der griechisch-orthodoxen Kirche wurden in der Nähe von Aleppo verschleppt. Ihr

Fahrer, ein Diakon, wurde von den Entführern bei dem Überfall erschossen. Auch hier kommt die islamistische Durchdringung der syrischen Opposition und vor allem der Freien Syrischen Armee zum Tragen. Für viele radikale Islamisten sind Christen nämlich Ungläubige. Gewalt gegen solche Ungläubige betrachten sie häufig als legitim.

Die Folgen des Bürgerkrieges und der Radikalisierung der Rebellion werden am Beispiel der christlichen Minderheit vielerorts sichtbar. Zum einen häufen sich die Berichte über grausame Hinrichtungen, gezielte Ermordungen, Entführungen und Vergewaltigungen von Christen durch radikale Islamisten, zum anderen verlassen immer mehr Gläubige aus Angst das Land. Die meisten von ihnen finden im benachbarten Libanon Zuflucht. Dort ist ihre Anzahl auf einige Zehntausend angestiegen. Die Flüchtlinge werden in den christlichen libanesischen Gemeinden an der Mittelmeerküste im Norden des Landes untergebracht. Dort sollen bereits zehntausende christliche Familien aus Syrien aufgenommen worden sein. Da aber die libanesische Regierung befürchtet, in den blutigen syrischen Bürgerkrieg hineingezogen zu werden, hält sie sich „Flüchtlingspolitik“ zurück. Sie will zunächst auch keine Flüchtlingscamps einrichten, weil sie annimmt, dass sich diese Lager in Hochburgen von Rebellen verwandeln könnten.

Auch die Neutralität christlicher Führungspersonlichkeiten während der Rebellion, die dazu dienen sollte, die Gläubigen nicht zwischen die Fronten geraten zu lassen, birgt Gefahren. Schon jetzt werden Verbrechen an ihnen damit gerechtfertigt, dass sie nicht auf Seiten der Revolution und somit auf Seiten des Regimes stehen.

Falls am Ende des Bürgerkriegs der Aufbau eines islamischen Staates stehen sollte, muss befürchtet werden, dass sich immer mehr Christen Syriens zur Flucht gezwungen fühlen, oder dass sie vertrieben werden. Das Leben eines christlichen Alltags dürfte dann fast unmöglich und eine Diskriminierung derer, die sich nicht assimilieren bzw. konvertieren lassen, nicht zu verhindern sein. Und schon die momentane Situation zeigt: Die Christen in Syrien befinden sich längst zwischen den Fronten des Bürgerkriegs.

3.3 Yeziden

In Syrien leben die Yeziden in den kurdischen Gebieten im Norden bzw. Nordosten des Landes. Das arabisch-nationalistische Regime von Baschar al-Assad versuchte, sie zu arabisieren, und behandelte Yeziden wie muslimische Kurden als Bürger zweiter Klasse. Oft werden ihnen keine Dokumente mit ihrer Staatsangehörigkeit ausgestellt, so dass sie de facto staatenlos sind. Yeziden dürfen nicht in höheren Berufen arbeiten, ihre Religion wird in Syrien für eine Abspaltung vom Islam gehalten.

Die etwa 5.000 Yeziden bilden in Syrien eine der zahlenmäßig kleinsten Minderheiten des Landes. Ihre Geschichte in Syrien ist von fortwährender Unterdrückung gekennzeichnet, weil sie dort doppelter Verfolgung ausgesetzt sind: Erstens wegen ihrer ethnischen Abstammung als Kurden, zweitens aufgrund ihrer religiösen Einordnung als Nicht-Muslime. Weil sie neben Gott (Chode) auch einen Oberengel (Melek Taus) verehren, werden sie als „Teufelsanbeter“ beschimpft und als „Abtrünnige vom „Ein-Gott-Glauben“ gesehen. Dabei ist im yezidischen Glauben der Oberengel Melek Taus lediglich Diener Gottes sowie Mittler zu den Gläubigen und das Yezidentum somit eine monotheistische Religion. Seit Beginn des Bürgerkriegs haben bereits zwei Drittel der syrischen Yeziden ihre Dörfer verlassen und sind ins Ausland geflüchtet und bisher sieht alles danach aus, dass sich diese Auswanderung fortsetzen wird. Auch hier ist die Sunnitisierung und Radikalisierung des Aufstandes ein Faktor, da die Islamisten offen mit Gewalt gegen religiöse Minderheiten drohen. Auch die Yeziden als Nicht-Muslime, müssen dann um ihre Sicherheit fürchten. Bereits am 29. Oktober 2012 griffen islamistische Gruppen das yezidische Dorf Qestel Ali Cindo im Distrikt von Afrin im äußersten Nordwesten des Landes an. Die Angriffe konnten durch eine kurdische Miliz gestoppt werden. Auch das yezidische Dorf Basufan nicht weit von der weltweit bekannten „Saint Simon Citadel“ wird immer wieder von Islamisten angegriffen. Ziel der Islamisten ist es, die Yeziden aus der Region zu vertreiben.

Viel wird jedoch auch abhängen von den Entwicklungen innerhalb der kurdischen Opposition. Sollten sunnitische Kurden durch den islamistischen Einfluss radikalisiert werden, könnte dies schlimme Folgen für die Yeziden haben. Doch auch wenn eine

Radikalisierung der Kurden bisher nicht stattgefunden hat und im Gegenteil Teile der kurdischen Minderheit nun gegen Islamisten, die auf Seiten der syrischen Opposition stehen, kämpfen, ist die Zukunft der Yeziden in Syrien ungewiss.

3.4 Drusen

Rund 300.000 Drusen gibt es in Syrien. Sie leben im Südwesten des Landes in dem nach ihnen benannten Gebirgszug "Dschebel ad-Duruz" (Drusengebirge). In diesem Gebiet ist es im Vergleich zu anderen Regionen sehr ruhig geblieben, seitdem die Aufstände gegen das Regime begannen. Wenn es überhaupt zu Demonstrationen kommt, dann sind diese meist sehr klein und bleiben durchgehend friedlich. Sie werden nicht von der breiten Masse der Drusen getragen, was aber nicht heißt, dass keine Drusen in der Opposition organisiert sind. Im Syrischen Nationalrat und im Nationalen Koordinierungskomitee, den zwei großen Vereinigungen von Regimegegnern, sind durchaus Drusen in wichtigen Funktionen vertreten.

Die Gründe, warum Drusen nicht aktiver gegen das Regime von Assad aufbegehren, sind vielfältig. Die Drusen sind seit der Entstehung ihrer Glaubensgemeinschaft um 1010 immer wieder Opfer von Verfolgungen gewesen. Ihre Religion hat sich zwar aus dem Islam entwickelt, sie werden jedoch vor allem von den Sunniten nicht als Muslime gesehen. Zum Beispiel glauben viele Drusen daran, dass die Seele eines Menschen nach dem Tod sofort in ein Neugeborenes wandert, was nicht mit dem Islam vereinbar ist. Trotz gemeinsamer Wurzeln gelten Drusen so unter den radikalen Muslimen ebenfalls als abtrünnig. Das Drusentum entwickelte sich deshalb zu einer "Geheimreligion", deren religiöse Riten nur Mitgliedern bekannt sind. Aufgrund von Verfolgungen zogen sie sich in schwer zugängliche Bergregionen zurück. Seitdem die Baath-Partei die Macht im Land übernommen hatte, konnten die Drusen relativ frei leben. Der Herrschaft der Assads standen viele von ihnen deswegen recht neutral gegenüber. Heute sind jedoch wegen Armut und Korruption in der Region viele Drusen unzufrieden mit dem Regime.

Es gibt jedoch auch rein praktische Gründe für die Zurückhaltung der Drusen bei den Protesten. In anderen Städten waren die Ausgangspunkte für Demonstrationen meist

Moscheen, beispielsweise nach dem Freitagsgebet. Denn gemeinsames Beten kann aus religiösen Gründen im Gegensatz zu öffentlichen Versammlungen keiner verbieten. In den Siedlungsgebieten der Drusen gibt es normalerweise keine Moscheen und damit auch kaum Orte, an denen sich große Protestmärsche bilden könnten. Sicherheitskräfte konnten die kleineren Proteste leicht auflösen. Der Protest im Land wird zudem vor allem von jungen Menschen getragen. Aufgrund hoher Arbeitslosigkeit zogen jedoch viele junge Drusen aus ihren Siedlungsgebieten weg, nur wenige blieben.

Im vergangenen Jahr hat sich die Sichtweise vieler Drusen verändert: Sie sprechen offener, kritisieren das Regime oder unterstützen die Opposition finanziell. Einer der führenden Drusen, der Libanese Walid Jumblatt, rief seine Religionsgemeinschaft in Syrien dazu auf, sich gegen das Regime zu erheben. Außerdem kritisierte er Russland für sein Veto gegen die Syrien-Resolution im UN-Sicherheitsrat. Auf einer Kundgebung im Februar 2012 in Beirut sagte Jumblatt: „Der syrische Volksaufstand wird siegen.“

Die Drusen, die in den von Israel 1967 annektierten syrischen Golanhöhen leben, haben ihre eigene Sicht auf das Geschehen in Syrien. Sie befürchten, dass die syrische Opposition weitgehend von radikalen Islamisten unterwandert ist, und wollen sich ungern in die „syrische Machtpolitik“ einmischen. Außerdem seien die Drusen aufgrund ihrer geringen Anzahl dazu auch zu schwach und zu angreifbar, glauben viele. Es kann aber nicht ausgeschlossen, dass die Drusen in den Krieg hineingezogen werden. In diesem Fall haben die Drusen in Israel Unterstützung für ihre Glaubensbrüder angekündigt.

4. Ethnische Minderheiten

4.1 Kurden

Mit etwa zwei bis drei Millionen Menschen bilden die Kurden etwa fünfzehn Prozent der Gesamtbevölkerung und die größte ethnische Minderheit des Landes. Sie leben hauptsächlich am Bergmassiv Çiyayê Kurmênc (Kurdenberg) nordwestlich von Aleppo

und der Region Kobani (Arab. Ain al-Arab) nordöstlich sowie im Norden der Provinz Djajira (arab. Al-Hassake) im äußersten Nordosten des Landes.

Die Lage der in Syrien lebenden Kurden vor Beginn der Aufstände gegen das Regime und des Bürgerkrieges 2011 ist beispielhaft für die Unterdrückung aller nichtarabischen Völker und religiöser Minderheiten des Landes. Die Geschichte ihrer Unterdrückung reicht weit zurück. Eines der frühen Zeugnisse der Gewalt gegen die Kurden ist ein Vorfall, bei dem 1957 zweihundertundfünfzig kurdische Kinder in einem Kino in Amuda, das vorsätzlich angezündet worden war, starben. Insbesondere seit der Machtübernahme der Baath-Partei im Jahre 1963 werden die in Syrien lebenden Kurden massiv unterdrückt und systematisch in ihren Menschenrechten verletzt. Von offizieller Seite wurde die Existenz der Kurden Jahrzehnte lang geleugnet. Das "Kurdenproblem" versucht man durch aggressive Assimilation und eine rigorose, rassistisch motivierte Arabisierungspolitik zu lösen. Die Kurden verfügen über keinerlei legale politische Vertretung. Da die syrische Verfassung ethnische und religiöse Parteien nicht zulässt, sind kurdische Parteien de facto verboten. Auch die kurdische Sprache wurde traditionell durch das Regime unterdrückt. Zudem wurden 1962 schon 120.000 Kurden ausgebürgert, zwischenzeitlich belief sich die Zahl staatenloser Kurden auf rund 300.000. Inzwischen hat Baschar al-Assad diese Staatenlosen als Zugeständnis wieder eingebürgert. Daran wird deutlich, dass die syrischen Kurden im Bürgerkrieg noch mehr zwischen den Fronten stehen als andere Minderheiten. Gründe dafür sind die Uneinigkeit und die Meinungsvielfalt zwischen und innerhalb der kurdischen Parteien sowie die Rolle der Türkei.

In erster Linie war der Ausbruch der Rebellion 2011 für viele Kurden mit der Hoffnung verbunden, ihre Traditionen, ihre Kultur und ihre Sprache wieder pflegen zu können. Zu Beginn der Proteste blieb es in den kurdischen Gebieten im Norden Syriens jedoch eher ruhig. Die Kurden hatten bereits 2004 vor allem in der Stadt Qamishli gegen die Unterdrückung protestiert. Diese Proteste wurden vom Regime blutig niedergeschlagen, weshalb vermutlich viele erst einmal abwarten wollten, wie sich die Proteste entwickeln würden. Nach der Ermordung des bekannten Führers der Kurdischen Zukunftsbewegung und Freundes der GfbV, Mashaal Tamo, im Oktober 2011, gab es vermehrt Proteste der

Kurden. In der Folge gingen die verschiedenen syrisch-kurdischen Parteien unterschiedliche Wege. Die Mehrheit gründete analog zum Syrischen Nationalrat (SNC) den kurdischen Nationalrat (KNCS), der jedoch wie beschrieben nicht Teil der Oppositionsallianz wurde, da viele Mitglieder des KNCS der arabisch-sunnitischen Dominanz der Muslimbruderschaft im SNC vorsichtig gegenüberstanden und dieser sich weigerte, eine politische Autonomie Syrisch-Kurdistan zu diskutieren. Der SNC garantierte lediglich, dass in Zukunft syrische Kurden gleichberechtigte Bürger sein würden. Diese Garantie würde jedoch neuerlicher Unterdrückung der kurdischen Kultur keinen Vorschub leisten. Grundsätzlich will der KNCS das Regime stürzen. Er fordert den Föderalismus für Syrien und damit die Selbstbestimmung für die kurdische Bevölkerung und für ganz Syrien. Dies sei die einzige Alternative zum Regime. Darüber hinaus wird die vollständige Religions- und Glaubensfreiheit gefordert. Die überwiegend von Kurden bewohnten Gebiete im Norden des Landes sollen zu einer administrativen Einheit umgestaltet und von ihren Einwohnern selbst verwaltet werden. Die kurdische Sprache soll offiziell als zweite Landessprache anerkannt werden.

Im Gegensatz zum KNCS traten einige kleine kurdische Gruppen dem SNC bei. Einen ganz anderen Weg beschritt die Partei der Demokratischen Union (PYD), eine Schwesterpartei der radikalen Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) in der Türkei, indem sie sich sowohl gegen den SNC, aber auch gegen die anderen syrisch-kurdischen Oppositionsparteien wandte. Man kann jedoch nicht sagen, dass die PYD auf Seiten des Regimes steht. Zwar unterstützte Baschar al-Assads Vater Hafiz al-Assad die türkische PKK, jedoch ließ er auch Abdullah Öcalan im Jahr 1998 auf türkischen Druck hin ausweisen. Vor Beginn des Aufstandes wurden zudem PYD-Aktivisten oft härter verfolgt als Mitglieder anderer kurdischer Parteien. So kann man sagen, dass die PYD nicht auf irgendeiner Seite kämpft, sondern um Autonomie, Machterhalt und das Gewaltmonopol in den kurdischen Gebieten im Sinne eines autonomen Westkurdistans. Man kann annehmen, dass in einem solchen Westkurdistan die PYD die Autorität stellen möchte, um unter anderem die Spaltung der kurdischen Opposition zu überwinden.

Syrische Oppositionelle behaupten, die PYD sei der verlängerte Arm des Regimes in den Kurdengebieten Syriens. Diese Einschätzung greift sicherlich zu weit. Allerdings hat das

Regime die Meinungsverschiedenheit zwischen den kurdischen Gruppierungen und der syrischen Opposition sowie innerhalb der kurdischen Bevölkerung instrumentalisiert, indem es nach Ausbruch der Proteste Demonstrationen in den Kurdengebieten zugelassen hat, sodass vor allem die PYD ihren Einfluss ausbauen konnte. Da wo nämlich die kurdischen Volksverteidigungskräfte (YPG), die der PYD zumindest nahestehen, gegen die sunnitischen Islamisten, die den bewaffneten Kampf der syrischen Opposition immer mehr dominieren, kämpfen, muss das Regime nicht eingreifen und kann seine militärischen Kapazitäten für die Bekämpfung des Aufstandes in den arabischen Städten in den übrigen Kriegsgebieten Syriens nutzen. Möglich wurde dieses Vorgehen aber erst, als die Türkei mit dem Regime gebrochen hatte und der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan die freundschaftliche Beziehung zu Bashar al-Assad beendete. Dieser konnte nun die Kurden weitestgehend machen lassen, ohne die Ziele der Regierung in Ankara beachten zu müssen.

Die massive Unterstützung der Türkei für die Opposition provoziert so neue Konflikte zwischen Kurden und anderen Regimegegnern. Die Türkei will auf keinen Fall zulassen, dass die Kurden auf syrischem Boden nahe der Grenze zur Türkei die Herrschaft übernehmen, vor allem die PYD nicht. So belastet der kurdisch-türkische Konflikt den Aufstand gegen das syrische Regime sehr stark und lässt den ohnehin schon blutigen Bürgerkrieg weiter eskalieren. Nach der Entführung einer weiblichen Patrouille der YPG durch Islamisten brachen im Juli 2013 heftige Kämpfe aus zwischen der YPG und der islamistischen Al-Nusra-Front, an deren Seite einzelne Kampfverbände der Freien Syrischen Armee sowie der Al-Kaida-Ableger Islamischer Staat im Irak und Syrien (ISIS) kämpften. Angriffe der Islamisten haben unter Kurden und anderen Minderheiten bereits viele Opfer gefordert. So stürmten am 31. Juli der syrische Al-Kaida-Zweig al Nusra-Front und andere islamistische Brigaden der so genannten freien syrischen Armee die beiden kurdischen Siedlungen Til Hasil und Til Aran etwa 30 Kilometer südöstlich von Aleppo. Bei dem Angriff sollen nach Angaben eines kurdischen Politikers aus der Region die Islamisten mindestens 70 Kurden, vor allem Frauen und Kinder, erschossen haben. Mindestens 700 Kurden sollen verschleppt worden sein oder gelten als vermisst. Tausende Menschen sind geflohen. Häuser der Kurden seien geplündert und das Vieh

geraubt worden. Die beiden Orte liegen außerhalb des von Kurden kontrollierten Gebiets in Syrien.

Die möglichen Folgen eines Sieges der Islamisten für die kurdische Minderheit kann man sich daher ausmalen, und ob Bashar al-Assad im Falle eines Sieges des Regimes den Kurden mehr Rechte und mehr Autonomie gewähren wird, ist zumindest unwahrscheinlich.

Es gibt aber seit Sommer 2012 wenigstens die Bemühungen, eine Einigung der kurdischen politischen Parteien zu erreichen. Am 11. Juni 2012 schlossen der KNCS und der von der PYD gegründete Volksrat ein Abkommen über eine zukünftige Kooperation. Danach wurde unter der Vermittlung von Masud Barzani, dem Präsidenten von Irakisch-Kurdistan, ein zehnköpfiges Gremium, der „Hohe Kurdische Rat“, gebildet.

Trotzdem schwebt die Gefahr einer Radikalisierung des Aufstandes über der kurdischen Minderheit, obwohl die Mehrheit der syrischen Kurden wie die Islamisten auf Seiten der Opposition sunnitisch ist. Damit nämlich Kurden ihre Kultur, ihre Tradition und ihre Sprache wieder legal nutzen können, muss in einem möglichen neuen Syrien allen Bevölkerungsgruppen die gleichen Rechte garantiert werden. Ansonsten droht der kurdischen Minderheit, dass sie erneut unterdrückt und verfolgt wird.

Die Ziele der verschiedenen kurdischen Gruppierungen, sind nur teilweise durchschaubar und vielfältig. Sie reichen vom Streben nach kompletter Selbstverwaltung bis hin zu einer Regierungsbeteiligung in einem neuen Staat Syrien. Das Schicksal der kurdischen Minderheit wird davon abhängen, ob die tiefe Spaltung der kurdischen Politiklandschaft zumindest im Ansatz überwunden wird und in Kernfragen Einigung unter den einzelnen Gruppierungen erzielt werden kann.

Vieles wird auch davon abhängen, ob eine weitere Radikalisierung der Opposition stattfindet. In diesem Fall könnten zumindest die bewaffneten Kurden endgültig zur eigenständigen Kriegspartei werden. Vermutlich werden sich dann viele Kurden, auch aus dem Ausland, dem bewaffneten Kampf anschließen. Ein friedliches Ende des Krieges

würde noch weiter in die Ferne rücken. Leider sieht es so aus, als würde dieses Szenario bereits Realität werden.

4.2 Armenier

Syrien ist für Armenier bereits seit Jahrhunderten eine Heimat. Das Land diente auch immer als Schutz- und Zufluchtsort. Vor allem während des Genozids an den Armeniern zwischen 1915 und 1917, bei dem bis zu 1,5 Millionen armenische und 500.000 assyrisch-aramäische Christen getötet wurden, flüchteten viele Armenier vor der türkischen Armee nach Syrien. 1918 zählte die armenische Gemeinde hier schätzungsweise 142.000 Menschen. Heute leben etwa 300.000 Armenier in Syrien, von denen mit 30.000 bis 40.000 Personen die größte Gemeinschaft in der mittlerweile umkämpften Stadt Aleppo wohnt. Kleinere armenische Gemeinden gibt es in Damaskus, Qamischli und in Qasaab. Die Armenier in Aleppo sind im syrischen Mosaik der Religionen und Ethnien eine kleine Gruppe, heben sich aber durch ihre aktive Beteiligung am wirtschaftlichen und kulturellen Leben des Landes hervor. Armenier gelten beispielsweise als die besten Handwerker Syriens. Im Vergleich zu anderen Volksgruppen sind die Armenier sehr gut integriert, denn das Regime gewährte ihnen Schutz nach der Flucht aus der Türkei. Unter Integration ist jedoch nicht Assimilation zu verstehen. Die Armenier leben in einer perfekten Parallelgesellschaft: Sie bilden innerhalb ihrer Gruppe eigenständige Gemeinden. Aus politischen und wirtschaftlichen Gründen verließen viele Armenier Ende der 1960er Jahre Aleppo und Qamischli. Die ehemalige Sowjetrepublik Armenien nahm damals zwar viele syrische Armenier auf. Doch die meisten wanderten nach Amerika, Europa und Australien aus. Wegen des blutigen Bürgerkrieges in Syrien hat sich diese Auswanderung inzwischen intensiviert. Sie könnte das Ende einer Gemeinschaft bedeuten, die bereits seit mehreren Jahrhunderten in Syrien eine Heimat gefunden hat. Die heutige Republik Armenien wird es höchstwahrscheinlich sehr bald mit einer Einwanderungswelle großen Ausmaßes zu tun haben. Die Regierung in der Hauptstadt Eriwan muss sich darauf vorbereiten und beispielsweise Kapazitäten für die Aufnahme von Flüchtlingen aus Syrien schaffen.

4.3 Tscherkessen

Angesichts des Bürgerkriegs in Syrien machen sich nun viele Tscherkessen, die in Deutschland, der Türkei, den USA und in Russland leben, Sorgen um die Angehörigen ihrer Volksgruppe. Tscherkessischen Quellen zufolge haben hunderte syrische Tscherkessen bereits Anträge bei russischen Behörden auf Rücksiedlung in ihre angestammten Gebiete im Nordkaukasus gestellt, aus denen ihre Vorfahren in Folge des russisch-kaukasischen Krieges (1817-1864) geflohen waren. Schätzungen zufolge leben heute rund 80.000 Tscherkessen in Syrien. 500 von ihnen seien bis Mitte Oktober 2012 infolge des aktuellen Konfliktes in Syrien in den Nordkaukasus geflüchtet, sagen tscherkessische Organisationen. Die einheimische Bevölkerung steht den Flüchtlingen momentan positiv gegenüber: Es wird Geld gesammelt von Privatpersonen und Unternehmen aus Moskau, Naltschik und anderen Orten, um die Neuankömmlinge zu unterstützen. So hat beispielsweise ein Unternehmer 150 tscherkessischen Flüchtlingen unentgeltliche Unterkünfte in seinem Hotel zur Verfügung gestellt. Die Nichtregierungsorganisation „Perit“ koordiniert die Zusammenarbeit zwischen Tscherkessen in Syrien und im Kaukasus. Der Vorstand von „Perit“ ist besorgt: Bald sind die Ressourcen vor Ort ausgeschöpft, dann kann nur noch Moskau helfen. Eine Gefahr seien jedoch radikale Islamisten, die sich unter den geflüchteten Tscherkessen befinden, berichtet Iwan Suchow, Kaukasusexperte und Blogger in Moskau. Diese suchen rasch den Kontakt zu Gleichgesinnten vor Ort. Angeblich habe es schon „Vorfälle“ gegeben, sagt Suchow, ohne jedoch Details zu nennen. Momentan ist noch nicht abzusehen, ob und wie alle syrischen Tscherkessen, die den Wunsch haben, in den Nordkaukasus zurückzukehren, hier angesiedelt werden können. Die Behörden in den autonomen Republiken stehen den Rückkehrern recht offen gegenüber, die russische Regierung in Moskau hat jedoch etliche bürokratische Hürden aufgebaut, um die Rückkehr zu erschweren.

4.4 Turkmenen

Die Turkmenen halten sich für besser gestellt als die Tscherkessen, weil sie die Türkei als ihre Schutzmacht ansehen. So bezeichnet sich die Mehrzahl der Turkmenen aufgrund

ihrer Sprache und Geschichte auch als Türken. Diese Nähe zum Nachbarstaat könnte den Turkmenen allerdings in größere Schwierigkeiten bringen, sollte ihnen seitens der arabischen Nationalisten oder Kurden Kollaboration mit der Türkei vorgeworfen werden. Die syrischen Turkmenen, die überwiegend sunnitische Muslime sind, siedeln hauptsächlich in den Provinzen Aleppo, Latakia, in der Euphrat-Ebene und in Damaskus. Sie sind nicht zu verwechseln mit den Turkmenen in Zentralasien, denn sie sprechen einen türkischen Dialekt, der sehr stark vom Arabischen, Kurdischen und vom osmanischen Türkisch beeinflusst ist.

Da Syrien die Eigenständigkeit der Turkmenen ignorierte und große Teile des Volkes assimiliert wurden, sind kaum offizielle Daten über sie verfügbar. Schätzungen zufolge gibt es etwa 140.000 Turkmenen in Syrien. Weil sie von der Regierung nicht als ethnische Gruppe anerkannt werden, haben sie keine kulturellen Rechte und weder Medien noch Schulunterricht in ihrer Muttersprache. Die Gründung von Vereinen, die ihre Interessen vertreten könnten, wurde ihnen bisher verweigert.

5. Fazit und Forderungen

Jahrzehntelang wurden alle nicht-arabischen Völker und die religiösen Minderheiten des Landes vom Regime des Assad-Clans unterdrückt. Jegliche Opposition wurde verfolgt. Als Mitte März 2011 der arabische Frühling auch Syrien erreichte, waren die Sympathien der Weltöffentlichkeit auf Seiten der mehrheitlich sunnitischen Opposition. Die meisten religiösen und ethnischen Minderheiten hielten sich anfangs eher zurück und warteten in großen Teilen ab, wie sich die Proteste entwickeln würden. Heute ist der Syrienkrieg einer der blutigsten und intensivsten Konflikte der Welt. Auf beiden Seiten kommt es nun zu Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen. Vor allem die radikalen Kräfte in der Opposition und die Kampfverbände der mittlerweile zahlreichen islamistischen Terrorgruppen, wie zum Beispiel der syrische Al-Kaida Ableger Al-Nusra-Front, kämpfen nicht mehr nur gegen die Sicherheitskräfte des Regimes, sondern zunehmend auch gegen bewaffnete und unbewaffnete Angehörige der nicht-arabischen und nicht-sunnitischen Minderheiten sowie immer wieder auch gegen Teile der Freien Syrischen Armee, die anderenorts jedoch mit ihnen Seite an Seite kämpft. In Syrien

entwickelt sich der Krieg zudem von einem Bürgerkrieg, in dem sich die Opposition und die Regierung gegenüberstehen zu einem Stellvertreterkrieg um die Vorherrschaft im Nahen Osten. Ausländische Kräfte unterstützen beide Seiten finanziell wie auch materiell und halten den Konflikt damit am Leben. Solange Islamisten in Syrien unterstützt werden und solange syrische Sunniten sich radikalisieren oder sich aus wirtschaftlichen Gründen den Islamisten anschließen, wird der Krieg andauern. Und solange es eine einseitige Dominanz der Muslimbruderschaft im Syrischen Nationalrat (SNC) gibt, wird es keine geeinte Opposition geben, die es schafft, das Regime zu stürzen. Viele westliche Regierungen tragen dazu bei, indem sie ausschließlich den SNC unterstützen. Es wird nicht mit dem Nationalen Koordinationskomitee für Demokratischen Wandel (NCC) zusammengearbeitet, der einen gewaltfreien Transformationsprozess fordert. Auch eine Kooperation mit der kurdischen Minderheit, die sich zunehmender Gewalt und Bedrohung durch die Islamisten ausgesetzt sieht und immer tiefer in den Bürgerkrieg hineingezogen wird, findet nicht statt. Erst wenn eine geeinte Opposition entsteht, die verbindlich zusagen kann, dass in einem postrevolutionären Syrien alle religiösen und ethnischen Minderheiten gleichberechtigt und friedlich in Koexistenz leben werden, gibt es wieder Hoffnung auf eine Beendigung des blutigen Konflikts.

Daher fordert die Gesellschaft für bedrohte Völker:

- Die Gewalt durch das Regime wie auch durch islamistische Kampfverbände der Opposition gegen die Zivilbevölkerung muss mit sofortiger Wirkung eingestellt werden.
- Alle oppositionellen Gruppen müssen die Einhaltung der Menschenrechte garantieren. Oppositionelle Gruppen einschließlich die kurdische PYD müssen in den von ihnen kontrollierten Gebieten die Meinungs- und Demonstrationsfreiheit und alle Menschenrechte für alle gewährleisten. Sie müssen freien Zugang für internationale und lokale Kommissionen erlauben, die die Gefängnisse, die sie unterhält, untersuchen wollen.
- Alle Pläne westlicher Regierungen, in Syrien militärisch zu intervenieren, dürfen nur dann in Betracht gezogen werden, wenn ein vollständiges Konzept für die Lösung

der bestehenden innersyrischen Konflikte „auf dem Tisch liegt“. Die Minderheiten und die gesamte Zivilbevölkerung müssen nicht nur vor Assads Luftwaffe, sondern auch vor marodierenden bewaffneten Gruppen jeglicher Couleur vor Ort geschützt werden. Die Bevölkerung in Syrien darf nach einem militärischen Eingreifen nicht ihrem Schicksal überlassen werden wie etwa in Somalia.

- Die Unterstützung für jegliche oppositionellen Gruppen und Regierungen in Syrien soll daran geknüpft werden, dass in einer neuen Verfassung die sprachlichen, kulturellen und administrativen Rechte der Kurden, sowie der Assyro-Aramäer und anderer Minderheiten sichergestellt werden. Christen, Yeziden, Alewiten und Drusen müssen vollständige Glaubensfreiheit genießen.
- Straffreiheit darf es in einem zukünftigen Staat Syrien nicht geben. Alle Verantwortlichen für Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen müssen zu Rechenschaft gezogen werden.
- Eine internationale Syrienkonferenz muss so schnell wie möglich einberufen werden. Auf dieser Konferenz muss ein Friedensprozess angestoßen werden, an dem alle Syrer, neben der Opposition und dem Regime auch alle Minderheiten, beteiligt sind. Außerdem müssen alle ausländischen Akteure an einer konstruktiven Lösung des Konflikts mitarbeiten.